

„Warum hat Achim diese Vorsorge nicht getroffen?“

Zentren- und Einzelhandelskonzept: Kritik an Bremen und Verwaltung vor Ort

ACHIM ■ Hier ein Dodehof XXL, dort ein Mega-Weserpark – angesichts der Konkurrenz durch immer weiter wachsende Einkaufszentren bluten Achim und andere Innenstädte und Ortskerne zunehmend aus. Der Kommunalverbund Niedersachsen / Bremen will mit seinem „Regionalen Zentren- und Einzelhandelskonzept“ gegensteuern. Was viel leichter gesagt als getan ist.

Zahlreiche Gemeinden rings um Bremen hätten dem „Raumplanerischen Vertrag“ schon zugestimmt, berichtete Susanne Krebs, Geschäftsführerin des Kommunalverbunds, in der jüngsten Sitzung des Achimer Planungsausschusses erfreut. Doch der Entwurf warf dort viele Fragen auf und führte sogar zu hefti-

gen Angriffen gegen die Stadtverwaltung.

Bremen müsse seine Planung dem „Vertrag“ anpassen, forderte Axel Eggers (Grüne). Auch die Achimer Verwaltung bemängelt in der Sitzungsvorlage, dass der große Nachbar bei Geschäften außerhalb der City bis zu 2 500 Quadratmeter „zentrenrelevante Randsortimente“ zulasse, während diese in Niedersachsen auf 800 Quadratmeter begrenzt seien. „Diese widersprüchlichen Regelungen sind aus Sicht der Stadt Achim insbesondere bei den eventuellen Einzelhandelsentwicklungen in den Bremer Randbereichen, wie zum Beispiel Weserpark, sehr konfliktträchtig“, heißt es dazu. Der Kommunalverbund sieht übrigens ebenfalls Hand-

lungsbedarf seitens der Hansestadt.

„Aber wie rechtsverbindlich ist denn der Vertrag überhaupt?“, hinterfragte Wolfgang Heckel (WGA). Die kommunale Planungshoheit und die Regelungen durch das Baugesetzbuch blieben erhalten, antwortete Krebs. Aber er biete einen Leitfaden für die Gemeinden und Kreise und wirke sicherlich „vertrauensbildend“ über Grenzen hinweg. „Verstöße gegen die Vereinbarung könnten aber auch durch Gerichte sanktioniert werden.“

Andere Mittelzentren wie Verden, Osterholz-Scharmbeck und Delmenhorst hätten sich „Nebenstandorte“ für nicht zentrenrelevante Sortimente gesichert, argwöhnte Hans-Jürgen Wäch-

ter (SPD) mit Blick auf die Verwaltung. „Warum hat Achim diese Vorsorge denn nicht getroffen?“

„Ergänzungsstandorte“ zur Innenstadt, wie etwa das Lieken-Grundstück, könnten „jederzeit ausgewiesen werden“, meinte Christa Meiering aus dem Planungsbereich im Rathaus. „Da hätte die Verwaltung schon längst tätig werden können“, giftete Petra Geisler (SPD).

Inwieweit setze das Konzept denn Wachstumsplänen von Dodehof und Weserpark einen Deckel drauf, wollte der Grüne Eggers noch wissen. „Beide“, informierte Bürgermeister Uwe Kellner, „können laut den Bebauungsplänen zumindest nicht mehr in die Breite wachsen.“ ■ mm